



Montag, 23. Juni 2008

Afghanistan-Resolution

Sicherheit durch Schaffung menschenwürdiger Lebensverhältnisse für den Vorrang des zivilen Wiederaufbaus von Afghanistan

Unsere weltweite Kirche beruft sich seit 100 Jahren auf soziale Grundsätze, nach denen der Krieg als Mittel von Konfliktlösung nicht mit dem Evangelium vereinbar ist. Als Christinnen und Christen erheben wir unsere Stimme und warnen vor Geist, Logik und Praxis militärischer Gewaltausübung.

Mit Sorge sehen daher die Delegierten der Evangelisch-methodistischen Kirche auf der Tagung der Süddeutschen Jährlichen Konferenz (Synode) im Juni 2008 den Bundeswehreininsatz in Afghanistan. Als Antwort auf die Anschläge vom 11. September 2001 schloss sich Deutschland der Argumentation der USA an, nach der ein Krieg gegen den Terrorismus zu führen sei. Aber damals handelte es sich nicht um einen staatlichen Angriff, sondern um ein Verbrechen, das nach deutschem Rechtsverständnis von kriminellen Tätern begangen wurde, und das polizeilich aufgeklärt und nach internationalem Recht geahndet werden muss. Deshalb gibt es für die Kriegführung im Süden Afghanistans keine völkerrechtliche Grundlage, auch wenn man sich auf UNO-Resolutionen beruft.

Wie die jüngste Denkschrift der EKD sieht das 2005 verabschiedete Friedenswort der EmK die entscheidende Chance für Frieden in einem Land darin, dass »der Friede vorbereitet« wird. Dies kann nicht unter der Federführung eines Militärbündnisses geschehen. Der Vorrang der militärischen Konfliktlösung ist sogar konfliktverschärfend, wie an der Situation im Irak deutlich zu erkennen ist. Ein zehnfaches Budget für militärische Einsätze im Vergleich zum Budget für zivile Entwicklung dient nicht zur Vorbereitung des Friedens.

Das Argument, zivile Hilfe und Entwicklung bedürften des militärischen Schutzes, greift in Afghanistan zu kurz. Die ISAF-Truppen sind weder in der Lage, zivile Helfer umfassend zu schützen, noch werden sie als neutral betrachtet. Sie erscheinen den Afghanen als Teil der amerikanischen Intervention, der es eben nicht gelingt, die Bevölkerung für die Befriedung des Landes zu gewinnen. Nichtregierungsorganisationen und Entwicklungshelfer sehen sich deshalb durch Militär eher gefährdet als gefördert.

Von Militär- zu Friedenspolitik!

Wir fordern daher die Abgeordneten des deutschen Bundestags auf, durch geeignete Gesetzesinitiativen eine Wende in der deutschen Afghanistan-Politik herbeizuführen. Als sinnvolle Maßnahmen schlagen wir vor:

- den zivilen Wiederaufbau des Landes mit den gleichen finanziellen Mitteln zu unterstützen wie den Einsatz der Bundeswehr,
- diesen Grundsatz auch im Rahmen der NATO zu vertreten,

- innerhalb der nächsten 5 Jahre die Kosten für den Bundeswehreinsatz jeweils um 20% zu senken und den Betrag für die zivile Entwicklung um den gleichen Betrag zu erhöhen,
- auf internationaler politischer Ebene darauf hinzuwirken, dass im Rahmen einer Sicherheitskonferenz für Afghanistan das Erscheinungsbild westlicher Politik von militärischen Konfliktlösungsstrategien befreit wird zugunsten ziviler Entwicklungspartnerschaft.

Wir bitten Sie, diese Resolution als Stimme der Evangelisch-methodistischen Kirche wahrzunehmen und durch diese Schwerpunktsetzung deutscher Friedenspolitik ein internationales Zeichen zu setzen. Unsere Gebete begleiten Sie in Ihrem Bemühen.

Süddeutsche Jährliche Konferenz 2008